

Keine Aufrüstung ins Grundgesetz! 100 Milliarden Euro für Bildung, Pflege und für kostenfreien ÖPNV

Die Ampel-Regierung hat eine Aufrüstung von 100 Mrd. Euro als »Sondervermögen« für die Bundeswehr beschlossen und im Grundgesetz festgeschrieben. DIE LINKE sagt Nein!

Der Angriffskrieg von Putin auf die Ukraine ist ein Verbrechen. DIE LINKE unterstützt die Proteste gegen den Krieg und fordert, dass die russischen Truppen sofort zurückgezogen werden.

Eine große Mehrheit der Menschen verurteilt den Krieg. Viele machen sich Sorgen, dass der Krieg sich ausbreiten könnte. Im Windschatten dieses Entsetzens über den Krieg hat die Bundesregierung jetzt diese Aufrüstung im Schnellverfahren verabschiedet. 100 Milliarden Euro sollen als Vermögen für die Bundeswehr ins Grundgesetz festgeschrieben werden. Warum ins Grundgesetz? Weil es sonst gegen die Schuldenbremse verstoßen würde. Hilft die Aufrüstung den Menschen in der Ukraine? Nein. Aber die Bundeswehr sei schlecht ausgestattet. Stimmt das? Nein, der Rüstungs-etat ist seit 2014 um mehr als die Hälfte erhöht worden. Bei den Rüstungskonzernen knallen die Korke und die Aktien steigen.

Mit den 100 Milliarden Euro für Bundeswehr zeigt die Regierung, was ihr wichtig ist. An anderen Stellen in der Gesellschaft klaffen weiterhin riesige Lücken:

■ Geld fehlt für die Reparatur von Schuldächern, Sporthallen und Digitalisierung. Hunderttausende Kitaplätze fehlen, ganz zu schweigen vom Personal. Mit 100 Milliarden Euro wären für zehn Jahre 200 000 zusätzliche Erzieher*innen finanziert.

■ 100 000 Pflegekräfte fehlen jeweils in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. Mit 100 Milliarden Euro könnten sie neun Jahre lang finanziert werden.

■ Das 9 Euro-Ticket läuft aus, das Klima steht vor dem Kollaps. Mit 100 Milliarden Euro könnte bis zur nächsten Bundestagswahl der Öffentliche Nahverkehr ausgebaut werden:

Mehr Verbindungen, bessere Taktung, mehr Personal – und der ÖPNV könnte bundesweit kostenfrei sein.

DIE LINKE fordert:

■ Keine Aufrüstung ins Grundgesetz! 100 Milliarden für Pflege, Bildung und kostenfreien ÖPNV einsetzen.

■ Energieunabhängigkeit muss heißen: Erneuerbare Energien schneller ausbauen! Mehr Solardächer, mehr Windräder und die Energieversorgung in die Hände der Bürger*innen. Die Einnahmen stehen den Kommunen zu!

■ Mehr bezahlbarer Wohnraum, gute Bildung und kostenfreie ÖPNV für alle.

■ Keine Extraprofite mit dem Krieg! Übergewinn, den Energiekonzerne und Rüstungsunternehmen mit dem Krieg machen, muss extra besteuert werden.

■ Vermögensabgabe für Multimillionäre und Milliardäre, um Kriegsfolgen und Integration zu finanzieren.

DIE LINKE ruft zu Protesten gegen Aufrüstung und das 100-Milliarden-Euro »Sondervermögen« für die Bundeswehr auf.



Mitmachen

Demo

Sa., 02.07.2022, 14 Uhr,
Bebelplatz Berlin.

DIE LINKE.

Partei Vorstand der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Tel. 030/24009-999, kontakt@die-linke.de
www.die-linke.de V.i.S.d.P. Tobias Bank

Keine Aufrüstung ins Grundgesetz! 100 Milliarden Euro für Bildung, Pflege und für kostenfreien ÖPNV

Die Ampel-Regierung hat eine Aufrüstung von 100 Mrd. Euro als »Sondervermögen« für die Bundeswehr beschlossen und im Grundgesetz festgeschrieben. DIE LINKE sagt Nein!

Der Angriffskrieg von Putin auf die Ukraine ist ein Verbrechen. DIE LINKE unterstützt die Proteste gegen den Krieg und fordert, dass die russischen Truppen sofort zurückgezogen werden.

Eine große Mehrheit der Menschen verurteilt den Krieg. Viele machen sich Sorgen, dass der Krieg sich ausbreiten könnte. Im Windschatten dieses Entsetzens über den Krieg hat die Bundesregierung jetzt diese Aufrüstung im Schnellverfahren verabschiedet. 100 Milliarden Euro sollen als Vermögen für die Bundeswehr ins Grundgesetz festgeschrieben werden. Warum ins Grundgesetz? Weil es sonst gegen die Schuldenbremse verstoßen würde. Hilft die Aufrüstung den Menschen in der Ukraine? Nein. Aber die Bundeswehr sei schlecht ausgestattet. Stimmt das? Nein, der Rüstungs-etat ist seit 2014 um mehr als die Hälfte erhöht worden. Bei den Rüstungskonzernen knallen die Korke und die Aktien steigen.

Mit den 100 Milliarden Euro für Bundeswehr zeigt die Regierung, was ihr wichtig ist. An anderen Stellen in der Gesellschaft klaffen weiterhin riesige Lücken:

■ Geld fehlt für die Reparatur von Schuldächern, Sporthallen und Digitalisierung. Hunderttausende Kitaplätze fehlen, ganz zu schweigen vom Personal. Mit 100 Milliarden Euro wären für zehn Jahre 200 000 zusätzliche Erzieher*innen finanziert.

■ 100 000 Pflegekräfte fehlen jeweils in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. Mit 100 Milliarden Euro könnten sie neun Jahre lang finanziert werden.

■ Das 9 Euro-Ticket läuft aus, das Klima steht vor dem Kollaps. Mit 100 Milliarden Euro könnte bis zur nächsten Bundestagswahl der Öffentliche Nahverkehr ausgebaut werden:

Mehr Verbindungen, bessere Taktung, mehr Personal – und der ÖPNV könnte bundesweit kostenfrei sein.

DIE LINKE fordert:

■ Keine Aufrüstung ins Grundgesetz! 100 Milliarden für Pflege, Bildung und kostenfreien ÖPNV einsetzen.

■ Energieunabhängigkeit muss heißen: Erneuerbare Energien schneller ausbauen! Mehr Solardächer, mehr Windräder und die Energieversorgung in die Hände der Bürger*innen. Die Einnahmen stehen den Kommunen zu!

■ Mehr bezahlbarer Wohnraum, gute Bildung und kostenfreie ÖPNV für alle.

■ Keine Extraprofite mit dem Krieg! Übergewinn, den Energiekonzerne und Rüstungsunternehmen mit dem Krieg machen, muss extra besteuert werden.

■ Vermögensabgabe für Multimillionäre und Milliardäre, um Kriegsfolgen und Integration zu finanzieren.

DIE LINKE ruft zu Protesten gegen Aufrüstung und das 100-Milliarden-Euro »Sondervermögen« für die Bundeswehr auf.



Mitmachen

Demo

Sa., 02.07.2022, 14 Uhr,
Bebelplatz Berlin.

DIE LINKE.

Partei Vorstand der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Tel. 030/24009-999, kontakt@die-linke.de
www.die-linke.de V.i.S.d.P. Tobias Bank